



Landratsamt (42.4), Herrenfelder Str. 14, 72250 Freudenstadt

Landratsamt Freudenstadt
Amt für Bau, Umwelt und Wasserwirtschaft
Herrenfelder Str. 14
72250 Freudenstadt

Eugen Rebstock
Zimmer 303
Stuttgarter Straße 61,
72250 Freudenstadt
rebstock@kreis-fds.de
Tel. 07441 920-1541
www.kreis-fds.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
30.14/106.11/2026001

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
IV-42.4-632.6 / 026156 - 2026 /
2026 006 / 294 u. K4774/ Igelsberg
und Besenfeld

16. Februar 2026

Bauantrag: Errichtung und Betrieb von vier Windenergie-
anlagen des Typs Nordex N175/6.x, Nennleis-
tung 7MW, Nabenhöhe 179 m, Rotordurchmes-
ser 175 m, Gesamthöhe 266,5 m

in Seewald-Besenfeld, Gewann „Erlenwäldle“, Gewann „Un-
tere Erlen“, Gewann „Eichen“, Gewann „Kirchbühlwald“,
Gewann „Birken“, Flst. Nrn. 267/2, 267/1, 268/1, 268/2,
333, 334, 336, 337/1, 429/1, 429/2, 429/3, 451, 452,
Freudenstadt-Igelsberg, Gewann „Hilpertsberg“,
Flst. Nr. 328/1

Bauherr: ATE Windpark Seewald II GmbH & Co. KG, Kleinoberfeld 5,
76135 Karlsruhe

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem Bauvorhaben nimmt das Straßenbauamt wie folgt Stellung:

I. Allgemeine Ausführungen zum Vorhaben

Die Errichtung der Windenergieanlagen liegen außerhalb der straßenrechtlichen Anbaube-
schränkungen nach §9 FStrG an der Bundesstraße 294 bzw. §22 StrG zur K4774.

II. Nebenbestimmungen

Durch technische Vorrichtungen ist sicherzustellen, dass für die Verkehrsteilnehmer der
B294 keine Gefährdung durch Eiswurf entsteht.



Informationen zur Verarbeitung Ihrer per-
sonenbezogenen Daten durch das Land-
ratsamt Freudenstadt nach Artikel 13 und 14
der Europäischen Datenschutzgrundverord-
nung finden Sie auf der Internetseite des
Landratsamtes Freudenstadt unter der oben
genannten Stelle.

Kreissparkasse Freudenstadt
IBAN: DE58 6425 1060 0000 0000 86
BIC: SOLADES1FDS
Postbank
IBAN: DE06 6001 0070 0004 5857 05
BIC: PBNKDEFF



Die vorgesehene Zuwegung soll über das bestehende Waldwegenetz erfolgen. Sollten an den Anschlüssen an das klassifizierte Straßennetz bauliche Veränderungen erforderlich sein, sind diese mit dem Straßenbaulastträger zu vereinbaren.

Sollte für die Verlegung von Leitungen eine Inanspruchnahme von Straßengrundstücken erforderlich sein, ist hierfür ein Nutzungsvertrag mit dem Straßenbauamt abzuschließen.

III. Empfehlungen

Keine

IV. Hinweise

Die Abteilung 4 des Regierungspräsidiums ist am Verfahren zu beteiligen.

V. Mitteilungen an die Genehmigungsbehörde

Seitens des Straßenbauamtes bestehen gegen den Antrag keine weiteren Einwendungen.

Freundliche grüßt Sie

Eugen Rebstock